

# Eine erste kleine ökonomische Einordnung der Migration in 2015/16

Von Alexander Recht, a.recht@gmx.de, Köln, Januar 2018

## Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung .....	3
2	Empirische Daten für Deutschland von 2007 bis 2016.....	3
2.1	Legende .....	4
2.2	Schutzsuchende .....	4
2.3	Gesamtbevölkerung.....	5
2.4	Wachstum und Arbeitsvolumen.....	5
2.5	Erwerbstätige und individuelle Arbeitszeit .....	5
2.6	Wachstumsbeiträge .....	6
2.7	Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens .....	6
3	Wirtschaftsregimes.....	7
3.1	Klassisch-neoklassisches Wirtschaftsregime .....	7
3.2	Keynesianisches Wirtschaftsregime.....	8
3.3	Fazit und eigene Positionierung.....	9
4	Eine erste Deutung der Ereignisse .....	9
5	Vorausschau auf mögliche Szenarien.....	11
5.1	Anpassung bei Arbeit und Einkommen im Allgemeinen .....	11
5.2	Sehr schwieriges Szenario .....	12
5.3	Schwieriges Szenario.....	12
5.4	Mittleres Szenario.....	13
5.5	Leichtes Szenario .....	14
6	Zusammenfassung.....	15
6.1	Reales BIP-Wachstum ist für den Arbeitsmarkt nötig.....	15
6.2	Reales BIP, Produktivität, Beschäftigung und Pro-Kopf-Einkommen .....	15
6.3	Arbeitszeitverkürzung hat mehrere Seiten .....	15
6.4	Matchingprobleme richtig einordnen.....	16
6.5	Ein paar Worte zu Fluchtursachen.....	16
6.6	Zum Knappheitsproblem und zu Timelags.....	18
6.7	Zur Frage der Unterschiede innerhalb der Migranten .....	19
6.8	Gemeinsame Kämpfe führen.....	19
6.9	Kulturelle Herausforderungen.....	19
6.10	Ein persönliches Kurzfazit.....	20

7	Anhang.....	21
7.1	Legende .....	21
7.2	Einflussgrößen auf das Arbeitsvolumen.....	21
7.3	Einflussgrößen auf die Erwerbstätigenanzahl.....	21
7.4	Übersetzung der Erwerbstätigenanzahl .....	22
7.5	Anpassung auf dem Arbeitsmarkt .....	22
7.6	Einflussgrößen auf das Pro-Kopf-Einkommen.....	22
7.7	Einflussgrößen auf das reale BIP .....	23
7.8	Berechnung realer Wachstumsbeiträge .....	23

## 1 Vorbemerkung

Zu den Migrationsbewegungen in den Jahren 2015/16 ist auch innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung eine Debatte entstanden, woraus Migration resultiert, wie mit ihr umzugehen ist und welche Wirkungen sie hervorruft. Da bei diesem Thema auch menschliches Leid von Migranten eine Rolle spielt und Migration auch auf der Ebene der empfangenden Gesellschaft zu Herausforderungen führt, nimmt es kein Wunder, dass die Debatte moralisch aufgeladen ist. Die moralische Dimension hat auch ihre Berechtigung, denn aus humanistischer Position heraus ist es erforderlich, Leid und Belastungen für Menschen verhindern zu wollen, rassistischen Positionen entgegenzutreten und sich gegen eine ökonomische Engführung bei Urteilen zu wenden.

Dennoch ist es auch von Interesse, welche ökonomischen Effekte Migration hervorruft. Ein solches Interesse besteht weder darin, mit Verweis auf ökonomische Argumente Migration von Anfang an zu verhindern, noch darin, nur auf Basis ökonomischer Zweckmäßigkeit ein Plädoyer für Migration zu halten. Denn es gibt humanistische Gründe sui generis, derentwegen Migration befürwortet werden kann. Von Interesse ist es aber, sich die ökonomischen Wirkungen von Migration im Rahmen einer humanistischen Argumentation vor Augen zu führen. Es ist zum Beispiel möglich, für Migration nicht nur dann zu plädieren, wenn hierbei Pro-Kopf-Einkommen und Beschäftigungsquote steigen, sondern auch dann, wenn hiermit ein Rückgang von Pro-Kopf-Einkommen und Beschäftigungsquote einhergehen. Allerdings sollte in beiden Fällen Klarheit über die Folgen bestehen.

## 2 Empirische Daten für Deutschland von 2007 bis 2016

Wir beginnen damit, dass wir ökonomische Größen von 2007 bis 2017 präsentieren und ihren formalen Zusammenhang für die letzten Jahre aufzeigen. Es geht hierbei darum, den mathematisch-formalen Zusammenhang der Größen aufzuzeigen, ohne bereits eine theoretische Einordnung der Richtung und Begründung des Zusammenhangs vorzunehmen.

AGGR/TIME	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Einheit
Yr	2.598.378,4	2.626.501,1	2.478.921,7	2.580.060,0	2.674.490,2	2.687.648,5	2.700.806,8	2.752.924,0	2.800.913,1	2.855.352,4	Mio. €
H	57.437,4	57.950,1	56.133,0	57.012,6	57.909,2	57.835,0	57.667,9	58.336,4	58.923,5	59.285,8	Mio. Std
E	37,9	38,5	38,2	38,1	39,3	39,2	39,6	39,9	40,3	41,3	Mio. P
W	41,1	41,1	41,1	40,7	41,4	41,3	41,7	42,0	42,2	43,0	Mio. P
N	80,3	80,3	80,4	80,5	80,6	80,8	81,0	81,0	81,7	82,5	Mio. P
Schutz	6,7	6,7	6,7	6,8	6,9	7,2	7,6	8,2	9,1	10,0	Mio. P
PKE	32.368,5	32.715,1	30.822,4	32.057,2	33.163,3	33.277,8	33.350,3	33.990,1	34.288,4	34.614,1	€
ASP	45,2	45,3	44,2	45,3	46,2	46,5	46,8	47,2	47,5	48,2	€/Std
AZ	1.513,9	1.506,4	1.468,7	1.497,6	1.472,4	1.474,6	1.456,6	1.461,0	1.461,4	1.434,1	Std/P
BQ	92,2%	93,6%	92,9%	93,5%	94,9%	94,9%	95,0%	95,2%	95,6%	96,1%	Anteil
EQ	51,2%	51,2%	51,1%	50,6%	51,4%	51,2%	51,5%	51,8%	51,6%	52,2%	Anteil
wPKE		1,1%	-5,8%	4,0%	3,5%	0,3%	0,2%	1,9%	0,9%	1,0%	Wachstum
wASP		0,2%	-2,6%	2,5%	2,1%	0,6%	0,8%	0,8%	0,7%	1,3%	Wachstum
wAZ		-0,5%	-2,5%	2,0%	-1,7%	0,2%	-1,2%	0,3%	0,0%	-1,9%	Wachstum
wBQ		1,5%	-0,7%	0,6%	1,5%	0,0%	0,1%	0,2%	0,4%	0,5%	Wachstum
wEQ		-0,1%	-0,1%	-1,1%	1,6%	-0,4%	0,6%	0,6%	-0,3%	1,1%	Wachstum
wYr		1,1%	-5,6%	4,1%	3,7%	0,5%	0,5%	1,9%	1,7%	1,9%	Wachstum
wH		0,9%	-3,1%	1,6%	1,6%	-0,1%	-0,3%	1,2%	1,0%	0,6%	Wachstum
wE		1,4%	-0,6%	-0,4%	3,3%	-0,3%	0,9%	0,9%	1,0%	2,5%	Wachstum
wW		-0,1%	0,0%	-1,0%	1,8%	-0,3%	0,9%	0,6%	0,5%	2,1%	Wachstum
wN		0,0%	0,2%	0,1%	0,2%	0,1%	0,3%	0,0%	0,9%	1,0%	Wachstum
wSchutz		-0,3%	-0,5%	0,9%	2,6%	4,1%	5,8%	6,8%	11,7%	10,2%	Wachstum

Quellen: reales BIP gemäß Eurostat, Statistik zu Bevölkerung, ausländischer Bevölkerung und Schutzsuchenden sowie Erwerbslosenstatistik (ILO-Konzept) gemäß Statistischem Bundesamt, durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten in Deutschland gemäß IAB, eigene Berechnungen

## 2.1 Legende

Die obige Tabelle liefert Daten zur ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik. Die Abkürzungen sind zu erläutern. Das reale, preisbereinigte BIP sei bezeichnet als  $Y_t$ , die Anzahl gesellschaftlich gearbeiteter Stunden (Arbeitsvolumen) als  $H$ , die Anzahl der Erwerbstätigen als  $E$ , die Anzahl der erwerbswilligen Erwerbspersonen als  $W$ , die Bevölkerungsanzahl als  $N$ . Unter *Schutz* ist die Anzahl von Flüchtenden benannt.

*PKE* ist die Abkürzung für das Pro-Kopf-Einkommen, das wir erhalten, indem wir das reale, preisbereinigte BIP durch die Bevölkerungsanzahl  $N$  dividieren. *ASP* meint die Arbeitsstundenproduktivität, die wir erhalten, indem wir das reale, preisbereinigte BIP durch das Arbeitsvolumen  $H$  dividieren. *AZ* meint die individuelle Arbeitszeit pro Jahr, die wir erhalten, indem wir das Arbeitsvolumen  $H$  durch die Anzahl der Erwerbstätigen  $E$  dividieren. Unter *BQ* verstehen wir die Beschäftigungsquote, die wir erhalten, indem wir die Anzahl der Erwerbstätigen  $E$  durch die Anzahl der Erwerbswilligen  $W$  dividieren. Unter *EQ* verstehen wir die Erwerbsquote, die wir erhalten, indem wir die Anzahl der Erwerbswilligen  $W$  durch die Bevölkerungsanzahl  $N$  dividieren. Steht vor einer Größe ein kleines  $w$ , so ist die Wachstumsrate in der Entwicklung vom Vorjahr aufs laufende Jahr gemeint. In den Formeln im Anhang wird das Wachstum anstelle des Präfixes  $w$  vor einer Größe durch ein Dach  $\wedge$  über der Größe ausgedrückt.

## 2.2 Schutzsuchende

Fangen wir an mit der Zahl der Schutzsuchenden, die wir mit dem Begriff *Schutz* kennzeichnen, und schauen kurz auf ein Schaubild des Statistischen Bundesamts.

1.1 Ausländische Bevölkerung und Schutzsuchende  
nach Schutzstatus 2007 bis 2016

Stichtag	Ausländische Bevölkerung	darunter: Schutzsuchende	davon nach Schutzstatus									
			offen	anerkannt					abgelehnt	davon		
				insgesamt	befristet	davon		unbefristet		geduldet ausreisepflichtig <sup>1</sup>	latent ausreisepflichtig	vollziehbar ausreisepflichtig
						aus Asylverfahren	nicht aus Asylverfahren					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
31.12.2007.....	6 744 880	466 680	33 880	307 130	165 045	73 940	91 100	142 085	125 665	95 570	10 090	20 010
31.12.2008.....	6 727 620	460 615	18 945	335 110	151 230	64 465	86 765	183 880	106 555	81 510	8 875	16 170
31.12.2009.....	6 694 775	481 885	24 660	366 240	159 095	60 390	98 705	207 140	90 990	68 705	8 090	14 195
31.12.2010.....	6 753 620	507 455	35 855	386 490	168 535	59 535	108 995	217 955	85 110	66 620	6 560	11 930
31.12.2011.....	6 930 895	509 665	47 160	377 770	151 350	57 510	93 840	226 425	84 735	67 525	5 575	11 635
31.12.2012.....	7 213 710	553 380	65 955	402 765	165 885	66 450	99 435	236 880	84 660	65 605	5 520	13 535
31.12.2013.....	7 633 630	619 105	110 475	415 650	174 885	80 835	94 050	240 765	92 980	73 735	5 380	13 865
31.12.2014.....	8 152 970	751 405	178 075	465 120	209 190	104 535	104 655	255 925	108 210	89 705	4 410	14 095
31.12.2015.....	9 107 895	1 041 280	350 040	552 815	286 520	178 245	108 275	266 300	138 425	110 735	5 235	22 455
31.12.2016.....	10 039 080	1 602 590	572 545	872 340	599 940	494 785	105 155	272 400	157 705	118 090	11 325	28 290

<sup>1</sup> Bei einer Duldung wird eine Abschiebung temporär ausgesetzt, Geduldete bleiben aber weiterhin ausreisepflichtig.

Quelle: Ausländerzentralregister

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 2.4

Das Schaubild unterscheidet zwischen verschiedenen Motiven von Migration, und eine solche Unterscheidung ist gewiss eine sinnvolle Übung. Gleichwohl wird in diesem Text eine solche Unterscheidung nicht vorgenommen, da es hier lediglich darum geht, auf die Frage eine Antwort zu finden, welche ökonomischen Effekte Migration per se hat.

Die Zahl der Schutzsuchenden stieg von 7,6 Mio. Personen in 2013 auf 8,2 Mio. Personen in 2014, auf 9,1 Mio. Personen in 2015 und auf 10,0 Mio. Personen in 2016. Dies entsprach einem Wachstum von 6,8%, 11,7% und 10,2%. Es liegt auf der Hand, dass mit einer solch kräftigen Steigerung der Zahl der Schutzsuchenden beträchtliche Herausforderungen verbunden sind, die durch rein ökonomische motivierte Migration noch erhöht werden.

## 2.3 Gesamtbevölkerung

Wir kommen nun zur Gesamtbevölkerungszahl. Von 2013 bis 2016 hat sich die Bevölkerung  $N$  wie folgt entwickelt: 81 Mio. Menschen in 2013 und 2014; 81,7 Mio. in 2015 und 82,5 Mio. Menschen in 2016. Dem entsprach ein prozentuales Wachstum von 0,0%, 0,9% und 1,0%. Wir sehen also, dass das von Rechtspopulisten heraufbeschworene Bild einer überschwemmenden „Flüchtlingsflut“ durch die Realität nicht gedeckt wird, sich als Zerrbild erweist und überdies rassistisch konnotiert ist. Zudem ist zu beachten, dass die Gesamtbevölkerung sich keineswegs nur durch Flucht und auch nicht nur durch Migration im Allgemeinen verändert hat, sondern auch durch Geburten und Sterbefälle.

Bleiben wir aber bei der Migration. Hier muss berücksichtigt werden, dass die Geflüchteten sich in Fragen ihres Wohnorts nachvollziehbarerweise bevorzugt auf urbane Metropolen mit besseren Job- und Lebensperspektiven konzentrieren. Der Bevölkerungsanstieg in diesen Metropolen dürfte also deutlich höher sein, wohingegen es in vielen ländlichen Regionen nur zu sehr geringen Migrationsbewegungen gekommen sein dürfte. Eine genaue regionale Analyse müsste diese lokalen Konzentrationen unter die Lupe nehmen. In diesem Text wird jedoch nur die nationalstaatliche Ebene als ganze untersucht, um allgemeine Zusammenhänge, Bedingungen und Folgen von Migration besser zu verstehen.

Von den Zugewanderten dürfen, können und wollen nicht alle erwerbstätig sein – und so etwas ist auch nicht von heute auf morgen möglich. Doch inwieweit bietet sich die prinzipielle ökonomische Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt? Wie verhält es sich mit den Einkommensperspektiven pro Kopf? Wie wirkt sich diese Zuwanderung auf die Volkswirtschaft aus? Dies soll an der Entwicklung von 2015 auf 2016 gezeigt werden.

## 2.4 Wachstum und Arbeitsvolumen

Das Wachstum des Arbeitsvolumens ergibt sich als Differenz der Wachstumsraten von realem BIP und Arbeitsstundenproduktivität:  $\hat{H} = \hat{Y}_r - \hat{ASP}$  (für alle Zusammenhänge gibt es Herleitungen im Anhang).

Das reale Bruttoinlandsprodukt  $Y_r$  ist von 2015 auf 2016 preisbereinigt um 1,9% gestiegen. Im selben Zeitraum nahm die Arbeitsstundenproduktivität  $ASP$  um 1,3% zu, so dass das Arbeitsvolumen  $H$  um  $1,9\% - 1,3\% = 0,6\%$  gestiegen ist.

## 2.5 Erwerbstätige und individuelle Arbeitszeit

Das Wachstum der Anzahl der Erwerbstätigen errechnet sich als Differenz der Wachstumsraten von Arbeitsvolumen und Arbeitszeit:  $\hat{E} = \hat{H} - \hat{AZ}$ .

Weil nicht nur das Arbeitsvolumen  $H$  um 0,6% gestiegen, sondern obendrein die durchschnittliche individuelle Arbeitszeit  $AZ$  um 1,9% gesunken ist, ist die Zahl der Erwerbstätigen  $E$  schließlich um  $0,6\% - (-1,9\%) = 2,5\%$  gestiegen.

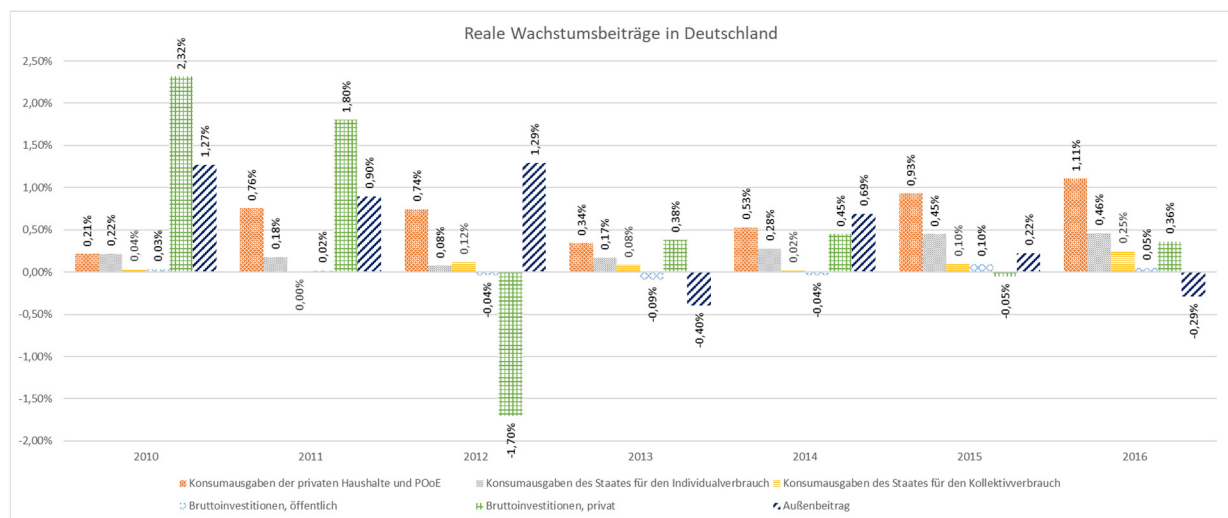
Das Wachstum der Anzahl der Erwerbstätigen entspricht der Summe der Wachstumsraten von Beschäftigungsquote, Erwerbsquote und Gesamtbevölkerung.

$$\hat{E} = \hat{BQ} + \hat{EQ} + \hat{N}$$

Wenn die Anzahl der Erwerbstätigen steigt, kann entweder der Anteil der Beschäftigten an den Erwerbwilligen steigen, der Anteil der Erwerbwilligen an der Gesamtbevölkerung oder die Bevölkerung selber. Es kann auch eine Kombination aus allem geben. In Deutschland ist von 2015 auf 2016 die Beschäftigungsquote um 0,5% gestiegen, die Erwerbsquote um 1,1% und die Bevölkerung um 1,0%. Also ist die Zahl der Erwerbstätigen, aufgeteilt auf drei Größen, um 0,5% + 1,1% + 1,0% = 2,5% gestiegen.<sup>1</sup>

## 2.6 Wachstumsbeiträge

AGGR/TIME	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Wachstum von realem BIP und Komponentbeiträge
BIP		1,08%	-5,62%	4,08%	3,66%	0,49%	0,49%	1,93%	1,74%	1,94%	
Konsumausgaben der privaten Haushalte und POoE		0,33%	0,08%	0,21%	0,76%	0,74%	0,34%	0,53%	0,93%	1,11%	
Konsumausgaben des Staates		0,59%	0,54%	0,25%	0,18%	0,20%	0,26%	0,30%	0,55%	0,71%	
Bruttoinvestitionen, öffentlich		0,12%	0,19%	0,03%	0,02%	-0,04%	-0,09%	-0,04%	0,10%	0,05%	
Bruttoinvestitionen, privat		0,02%	-3,83%	2,32%	1,80%	-1,70%	0,38%	0,45%	-0,05%	0,36%	
Außenbeitrag		0,02%	-2,60%	1,27%	0,90%	1,29%	-0,40%	0,69%	0,22%	-0,29%	
Summe		1,08%	-5,62%	4,08%	3,66%	0,49%	0,49%	1,93%	1,75%	1,93%	



Im Jahre 2015 betrug das reale BIP-Wachstum 1,75%, und von diesen 1,75 Prozentpunkten entfielen 0,55 auf das Wachstum der Konsumausgaben des Staates, welches wesentlich durch Leistungen und Zahlungen für Flüchtlinge bestimmt war. Ähnlich hat es sich im Jahre 2016 verhalten: Dem realen BIP-Wachstum von 1,93% korrespondierte ein Wachstumsbeitrag der staatlichen Konsumausgaben von 0,71 Prozentpunkten.

Wir sehen also, dass die Konsumausgaben des Staates für Flüchtlinge sowohl 2015 als auch 2016 erheblich zum realen Wachstum des BIP beigetragen haben.

## 2.7 Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens

Das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens setzt sich aus der Summe der Wachstumsraten von Arbeitsstundenproduktivität, individueller Arbeitszeit, Beschäftigungsquote und Erwerbstätigenquote zusammen:  $\overline{PKE} = \overline{ASP} + \overline{AZ} + \overline{BQ} + \overline{EQ}$ .

Von 2015 auf 2016 hat die Arbeitsstundenproduktivität  $ASP$  um 1,3% zugenommen. Die individuelle Arbeitszeit  $AZ$  ist um 1,9% gesunken. Die Beschäftigungsquote  $BQ$  ist um 0,5% gestiegen. Die Erwerbsquote  $EQ$  ist um 1,1% gestiegen. Also ist das Pro-Kopf-Einkommen um  $1,3\% - (-1,9\%) + 0,5\% + 1,1\% = 1,0\%$  gestiegen.

<sup>1</sup> Die Differenz um 0,1 Prozentpunkte ist Rundungsausdrücken und der Ungenauigkeit geschuldet, die entsteht, wenn Differentialquotienten als Näherung für Differenzenquotienten verwendet werden.

### 3 Wirtschaftsregimes

Die bislang genannten mathematischen Gleichungen sind allesamt Identitätsgleichungen, bei denen sich nicht über richtig und falsch streiten lässt, da es sich um logische Zusammenhänge handelt. Streiten lässt sich aber darüber, welche Größen in ihrer Veränderung ursächlich für die Veränderung der anderen Größen sind. Bevor wir uns an eine Interpretation wagen, müssen wir uns aus zwei grundsätzlich verschiedenen Erklärungsansätzen des Arbeitsmarktes für einen entscheiden, den wir für plausibler erachten.

Daher machen wir einen kurzen Exkurs. Auch wenn es im Detail sehr viele Ansätze zur Erklärung der Ökonomie gibt, die per se auch alle genau gewürdigt werden müssten, soll aus Vereinfachungsgründen nur grob zwischen zwei Erklärungsansätzen des Wirtschaftsregimes unterschieden werden: dem klassisch-neoklassischen und dem keynesianischen Wirtschaftsregime.

#### 3.1 Klassisch-neoklassisches Wirtschaftsregime

Es gibt in dieser Deutung zwei Grundthesen. Erstens ist bei diesem Ansatz der Arbeitsmarkt der zentrale Markt. Zweitens ist diesem Ansatz eine harmonische Sicht der Dinge zu eigen. Wenn Preise und Löhne flexibel und Faktoren mobil wären, so die These, wären alle Märkte im Gleichgewicht. Auf dem Arbeitsmarkt würde Vollbeschäftigung herrschen, und die Lohnabhängigen und die Kapitalisten zusammen würden mit ihren Einkommen automatisch die notwendige Nachfrage erzielen, um alle Güter abzusetzen.

Wenn es aber doch Arbeitslosigkeit gibt, wird sie im klassisch-neoklassischen Wirtschaftsregime mit Marktunvollkommenheiten auf dem Arbeitsmarkt erklärt. Gewerkschaften, Sozialstaat und Arbeitsmarktregulierung laufen in dieser Sicht Gefahr, die Harmonie auf dem Arbeitsmarkt zu stören, indem sie dazu beitragen, dass die Reallöhne im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu hoch seien und sich wegen Arbeitsmarktregulierungen nicht hinreichend nach unten bewegen dürften. Daraus resultiere Arbeitslosigkeit. Die Folge sei, dass die eigentlich bestehende Güternachfrage wegen unzureichend nachgefragter Arbeitskräfte nicht bedient werde.

Bei Arbeitslosigkeit wird also unterstellt, dass auf dem Arbeitsmarkt ein Angebots- und auf dem Gütermarkt ein Nachfrageüberhang bestehe. Auf dem Gütermarkt könne mehr Nachfrage realisiert werden, wenn das Güterangebot stiege. Das Güterangebot steige aber nicht, da wegen Marktunvollkommenheiten auf dem Arbeitsmarkt nicht alle Arbeitskräfte nachgefragt würden. Würden jedoch Gewerkschaftsmacht, Sozialstaatsansprüche und Arbeitsmarktregulierung geschliffen, käme es zu Vollbeschäftigung. Dann würde auch die bislang unbefriedigte Güternachfrage durch ein anziehendes Güterangebot gedeckt.

Wie wirkt nun Migration in klassisch-neoklassischer Sichtweise? In einem deregulierten Arbeitsmarkt würden die zusätzlich auf den Markt tretenden Arbeitskräfte bei zunächst konstanter Nachfrage nach Arbeitskräften durch Lohnsenkung dafür sorgen, dass der Arbeitsmarkt geräumt würde. Dadurch könnten die Erwerbstätigen sich ihre eigene Nachfrage schaffen, so dass die Güternachfrage durch Güterangebot gedeckt würde.

Das klassisch-neoklassische Wirtschaftsregime steckt auch hinter der These des Fachkräftemangels. Zum gegebenen Lohn seien die aktuellen Erwerbslosen zu wenig produktiv, und die Produktivität der Erwerbslosen lasse sich wegen längerer Verweildauer in der Erwerbslosigkeit auch nicht mehr groß steigern. Der Mindestlohn Sorge wiederum dafür, dass der Lohn nicht hinreichend nach unten absenken könne. Komme es hingegen zur

Migration, könnten lohnbescheidene und produktive neue Arbeitskräfte oder lohnbescheidene neue Arbeitskräfte, deren Produktivität noch gesteigert werden könne, in den Arbeitsmarkt bequem integriert werden. Auf diese Weise würde dann auch automatisch das Güterangebot erzielt werden, um die durch die neuen Arbeitskräfte entstehende zusätzliche Güternachfrage zu decken. Wenn jedoch die Migranten zu wenig produktiv oder zu wenig lernbereit oder zu anspruchsvoll seien, würde es nichts mit der Integration auf dem Arbeitsmarkt.

### 3.2 Keynesianisches Wirtschaftsregime

Auch in dieser Deutung gibt es zwei Grundthesen. Erstens sind bei diesem Ansatz Vermögens- und Gütermärkte zentral. Zweitens ist diesem Ansatz eine disharmonische Sicht zu eigen. Gerade weil Preise und Löhne flexibel und Faktoren mobil seien, gebe es wegen der Krisenhaftigkeit des Marktes eine unzureichende Güternachfrage. Dieser Angebotsüberhang auf dem Gütermarkt Sorge dafür, dass bei den bestehenden Löhnen weniger Arbeitskräfte nachgefragt als angeboten würden. Nicht also ein Missverhältnis zwischen Produktivität und Löhnen auf dem Arbeitsmarkt erwirke Erwerbslosigkeit, sondern ein Missverhältnis zwischen Güterangebot und unzureichender Güternachfrage auf dem zentralen Gütermarkt. Und daher seien Lohnsenkungen auch fraglich zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, da sie den Gütermarkt nicht ins Gleichgewicht brächten, sondern Gefahr laufen könnten, die unzureichende Güternachfrage noch zu verschärfen.

Wenn es also Arbeitslosigkeit gibt, wird sie im keynesianischen Wirtschaftsregime mit zu geringer Güternachfrage erklärt. Möglich seien Probleme bei der Verteilung, die eine zu geringe Konsumnachfrage bei den mehrheitlich lohnabhängigen Haushalten zur Folge hätten; möglich sei auch eine zu geringe Investitionsnachfrage wegen pessimistischer Konsumeinschätzung (Unterkonsumtion), wegen kostenbedingt zu gering eingeschätzter Rendite oder wegen konkurrierender Kapitalien (Überakkumulation), die die Renditeerwartungen drücken; möglich sei auch eine zu geringe Staats- oder Exportnachfrage. Dadurch drohe jeweils die Güternachfrage unterhalb des Güterangebots zu liegen. Es resultiere Arbeitslosigkeit, die bei ausreichender Güternachfrage erst gar nicht entstünde.

Es wird also unterstellt, dass sowohl auf dem Gütermarkt als auch auf dem Arbeitsmarkt ein Angebotsüberhang bestehe. Auf dem Arbeitsmarkt könnten mehr sich anbietende Arbeitskräfte zum Einsatz kommen, wenn die Arbeitskraftnachfrage stiege. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steige aber nicht, da auf dem krisenhaften Gütermarkt nicht alle produzierbaren Güter nachgefragt würden. Würde jedoch die Nachfrage nach Gütern gesteigert, würde es zum Gütergleichgewicht kommen. Dann würde auch das bislang unbefriedigte Angebot an Arbeitskräften durch eine anziehende Nachfrage nach Arbeitskräften abgeschöpft.

Wie wirkt nun Migration im keynesianischen Wirtschaftsregime? Entscheidend ist der Gütermarkt. Dadurch, dass zusätzliche Arbeitskräfte auf den Markt träten, ändere sich auf dem Gütermarkt nichts. Daher bliebe auch die Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt zunächst unverändert, so dass es zu Erwerbslosigkeit käme oder bislang bereits bestehende Erwerbslosigkeit noch erhöht würde. Käme es bei zunächst konstanter Nachfrage nach Arbeitskräften durch das zusätzliche Arbeitskraftangebot zu Lohnsenkung, würde diese das Problem unzureichender Güternachfrage im Falle der Unterkonsumtion womöglich noch verschärfen. Es könnten sich die Erwerbstätigen nicht ihre eigene Nachfrage schaffen, da die Güternachfrage eben nicht einfach mit den Arbeitskräften steige.



Das keynesianische Wirtschaftsregime steht der These des Fachkräftemangels skeptisch gegenüber. Zu den gegebenen Verteilungsverhältnissen und Unternehmenspraktiken sei die Güternachfrage zu gering, so dass es aus diesem Grund Erwerbslosigkeit gebe. Erwerbslose seien nicht in erster Linie erwerbslos, weil sie zu wenig produktiv seien, sondern weil die Unternehmen mit zu wenig Güternachfrage konfrontiert seien und daher zu wenig Arbeitskräfte nachfragen würden. So seien etwa Konsum- und in der Folge auch Investitionsnachfrage wegen zu geringer Löhne zu gering, oder es sei die Investitionsnachfrage zu gering, weil die erwartete Profitrate hinter dem Zinssatz für alternative Geldanlagen zurückbleibe. Komme es nun zur Migration, würde eher ein Problem auf dem Arbeitsmarkt mit zusätzlicher Erwerbslosigkeit entstehen, da es keinen Anlass dafür gebe, dass sich die Konstellation auf dem Gütermarkt verbessere. Die Integration von Migranten auf dem Arbeitsmarkt erfolge also gerade nicht automatisch.

Allerdings gibt es auch Hoffnung. Wenn es gelinge, die Güternachfrage ausreichend anzuheben, sei es auch möglich, den abgeleiteten Arbeitsmarkt zu räumen und Migranten in diesen zu integrieren. Wie bei Faust gilt: „Im Anfang war die Tat.“ Potentiell krisenhafte Vermögens- und Gütermärkte sind durch politische Interventionen so zu steuern, dass die Güternachfrage ausreicht, um auf dem Arbeitsmarkt alle Erwerbswilligen nachzufragen.

### **3.3 Fazit und eigene Positionierung**

Im Folgenden wird im Wesentlichen die Richtigkeit des keynesianischen Wirtschaftsregimes angenommen. Das heißt nicht, dass unzureichendes Matching auf dem Arbeitsmarkt, Produktivitätsrückstände einiger Arbeitskräfte oder Fachkräftemangel gänzlich geleugnet werden. Diese Probleme gibt es, aber sie sind nicht wesentlich. Selbst wenn es gelänge, das Matching zu verbessern, die Produktivität der Arbeitskräfte zu erhöhen und die fachliche Qualifikation flächendeckend zu verbessern, könnte es früher oder später bei und wegen unzureichender Güternachfrage zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt kommen, die eben nicht in einer Diskrepanz von Reallohn und Produktivität begründet wären.

Entscheidend ist eben, dass das Lohn-Produktivitäts-Differential nicht einfach den Arbeitsmarkt räumt, sondern erst auf den Gütermärkten seine Wirkung entfacht. Löhne sind Quelle von Konsumnachfrage und generieren konsumabhängige Investitionsnachfrage; das Lohn-Produktivitäts-Differential ist auch Renditefaktor und beeinflusst auch auf diese Weise die Investitionsnachfrage; das Lohn-Produktivitäts-Differential übt auch Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Exportnachfrage aus.

## **4 Eine erste Deutung der Ereignisse**

Migranten kamen nach Deutschland und trugen neben Geburten und Sterbefällen dazu bei, dass die Gesamtbevölkerung 2016 um 1,0% stieg. Welche Effekte resultierten hieraus auf die Gütermärkte und auf den Arbeitsmarkt, der ja schon vorher durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war? Zum Zeitpunkt der Migration befanden sich deutsche Unternehmen bereits in einer verhältnismäßig guten Wirtschaftslage. Verantwortlich hierfür war erstens eine anziehende Weltkonjunktur; zweitens eine anziehende Konsumnachfrage wegen leicht verbesserter Lohnabschlüsse; drittens eine florierende Exportnachfrage, die der deutschen Lohnmoderation und dem aggressiven Wegbeißen europäischer Konkurrenten geschuldet war. Dieses reale BIP-Wachstum erleichterte bereits für sich die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Dis hätte jedoch nicht ausgereicht, denn hinzukommende migrantische Arbeitskräfte schaffen sich eben nicht einfach ihre Nachfrage: Die Güternachfrage steigt per se um kein Jota durch das anziehende Arbeitsangebot.

Damit die Güternachfrage steigen konnte, musste der Staat die Dinge selber in die Hand nehmen. Dies hat er zeitweise getan: Die Konsumausgaben des Staates für Flüchtlinge trugen mit einem Beitrag von 0,7 Prozentpunkten erheblich zum realen Wachstum des BIP von 1,9% bei. Das Wachstum der Konsumausgaben des Staates war vor allem auf Strukturen, Leistungen und Zahlungen für Flüchtlinge bestimmt und hat gewiss auch multiplikativ andere Konsum- und Investitionsnachfrage gestärkt. Bereits vorhandenes reales BIP-Wachstum wurde durch staatliche Reaktionen auf Migranten gestützt.

Teile der Migranten wurden auf dem Arbeitsmarkt integriert, Teile nicht, hieraus ergab sich der Beitrag von Migranten zur Entwicklung der Arbeitsstundenproduktivität. Es ist zu vermuten, dass die Arbeitsstundenproduktivität von Migranten eher geringer war als jene der bereits hier lebenden und gut ausgebildeten Arbeitskräfte und dass daher Migration die Arbeitsstundenproduktivität tendenziell senkte. Entscheidend für die Arbeitsstundenproduktivität war aber weniger Migration und mehr die technische Entwicklung in der Maschinerie und die verbesserte Kooperation von Mensch und Maschine. Daher ist die Arbeitsstundenproduktivität um 1,3% gestiegen. Da das reale BIP um 1,9% wuchs, ist das Arbeitsvolumen um 0,6% gestiegen. Ein Teil der anziehenden Nachfrage nach Gütern wurde also dadurch befriedigt, dass die bestehenden Arbeitskräfte pro Stunde mehr produzieren konnten, ein Teil dadurch, dass die Nachfrage durch andere Einflüsse als die erhöhte Produktivität ausgedehnt wurde, so dass das Arbeitsvolumen gestiegen ist.

Das um 0,6% vergrößerte Arbeitsvolumen stand einem Bevölkerungswachstum von 1,0% gegenüber. Wie erfolgte die Anpassung? Es konnten nicht alle Migranten arbeiten, man denke an Kinder, Alte, Versehrte oder aber an fehlende Arbeitserlaubnis. Manche Migranten konnten, wollten und durften jedoch am Arbeitsmarkt teilnehmen. Wäre der Anteil der Erwerbwilligen an der migrantischen Bevölkerung so hoch wie die Erwerbsquote der Inländer gewesen, wäre die Erwerbsquote nicht gestiegen. Die Erwerbsquote dürfte jedoch unter Migranten höher gewesen sein, so dass die gesellschaftliche Erwerbsquote dadurch vermutlich gestiegen ist. Allerdings strebten nicht nur Migranten auf den Arbeitsmarkt, sondern zu berücksichtigen war auch die Zunahme der weiblichen Erwerbsneigung oder anderer Bevölkerungsgruppen, die bislang noch nicht am Arbeitsmarkt agiert hatten, es nun aber wollten. In Summe ist jedenfalls die Erwerbsquote als Anteil der Erwerbwilligen an der Bevölkerung um 1,1% gestiegen, ohne genau zu wissen, welche Bevölkerungsgruppe hierzu in welchem Umfang beitrug. Wenn aber die Bevölkerung um 1,0% gewachsen und zugleich der Anteil der Erwerbwilligen an der Bevölkerung um 1,1% gestiegen ist, nahm das Arbeitsangebot um  $1,0\% + 1,1\% = 2,1\%$  zu. Wie aber konnte dieses integriert werden, wenn das Arbeitsvolumen nur um 0,6% stieg?

Dies geschah, indem einerseits die individuelle Arbeitszeit um 1,9% gefallen war. Es handelte sich nicht um kollektive Arbeitszeitverkürzung, sondern um mehrere Trends: die Zunahme der weiblichen Erwerbsquote mit höherer Teilzeitneigung, die Zunahme prekärer Beschäftigung und die Aufteilung einer gestiegenen Anzahl an Jobs auf eine noch stärker gestiegene Anzahl an Erwerbwilligen, so dass es zu Rationierungen kam. Auf diese Weise stieg die Anzahl der Erwerbstätigen nicht nur mit dem Arbeitsvolumen um 0,6%, sondern um  $0,6\% + 1,9\% = 2,5\%$ . Wenn andererseits das Arbeitsangebot um 2,1% stieg, hatte das zur Folge, dass die Beschäftigungsquote um  $2,5\% - 2,1\% = 0,5\%$  stieg. Wir fassen zusammen: Bei konstanter Beschäftigungsquote und Erwerbsquote wäre die Anzahl der Erwerbstätigen mit der Bevölkerung um 1,0% gestiegen. Da jedoch auch die Erwerbsquote um 1,1% gestiegen ist, wäre bei konstanter Beschäftigungsquote die Anzahl der Erwerbstätigen um 2,1% gestiegen. Da indes auch die Beschäftigungsquote um 0,5% gestiegen ist, ist die Anzahl der Erwerbstätigen sogar um 2,5% gestiegen.

Die Arbeitszeit sank um 1,9%, wohingegen die Arbeitsstundenproduktivität um 1,3%, die Beschäftigungsquote um 0,5% und die Erwerbsquote um 1,1% stieg. Das Pro-Kopf-Einkommen wuchs daher um  $1,3\% - 1,9\% + 0,5\% + 1,1\% = 1,0\%$ . Wegen steigender Erwerbs- und Beschäftigungsquote entsprach dem Bevölkerungszuwachs ein überproportionales Wachstum der Erwerbstätigen, so dass das Pro-Kopf-Einkommen stieg. Bei wachsender Arbeitsstundenproduktivität produzierte zudem jeder Erwerbstätige pro Stunde mehr, was das Pro-Kopf-Einkommen ebenfalls erhöhte, während es durch die reduzierte Arbeitszeit gemindert wurde.

## 5 Vorausschau auf mögliche Szenarien

### 5.1 Anpassung bei Arbeit und Einkommen im Allgemeinen

Welche Effekte hat Migration unter allgemeinen Umständen? Dafür schauen wir uns die beschriebenen Anpassungsprozesse in 2016 an und starten mit dem Arbeitsmarkt. Das um 2,1% erhöhte Arbeitsangebot war in ein um 0,6% erhöhtes Arbeitsvolumen integrierbar, da die Arbeitszeit um 1,9% sank und die Beschäftigungsquote um 0,5% stieg. Allgemein formuliert: Das Wachstum von Bevölkerung und Erwerbsquote führt zu einem veränderten Arbeitskraftangebot. Dieses veränderte Arbeitskraftangebot trifft auf ein verändertes gesellschaftlich nachgefragtes Arbeitsvolumen, welches sich aus der Differenz der Wachstumsraten von realem BIP und Arbeitsstundenproduktivität ergibt. In der Regel stimmen nachgefragtes Arbeitsvolumen und Arbeitskraftangebot nicht überein. Die Anpassung erfolgt dadurch, dass entweder die Beschäftigungsquote sich ändert oder die durchschnittliche Arbeitszeit. Die durchschnittliche Arbeitszeitveränderung ist oftmals eine nicht kollektive. Manche Arbeitskräfte werden entlassen oder eingestellt, so dass sich ihre Arbeitszeit ändert; andere Arbeitskräfte arbeiten im selben Umfang wie bisher.

$$\underbrace{\hat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

$$\underbrace{1,9\% - 1,3\%}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{-1,9\% + 0,5\%}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{1,1\% + 1,0\%}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

Uns interessiert aber nicht nur die Anpassung auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch jene beim Pro-Kopf-Einkommen. Der Anteil der Erwerbswilligen an der Bevölkerung ist gestiegen, so dass die Erwerbsquote um 1,1% zunahm. Auch der Anteil der Beschäftigten an den Erwerbswilligen ist gestiegen, so dass die Beschäftigungsquote um 0,5% zunahm. Die Arbeitsstundenproduktivität als Output pro Stunde ist um 1,3% gestiegen. Alle drei Effekte haben das Pro-Kopf-Einkommen erhöht. Dass die durchschnittliche Arbeitszeit pro Person gesunken ist, hat das Pro-Kopf-Einkommen reduziert. Allgemein formuliert: Das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommen ist die Summe des Wachstums von Erwerbsquote, Beschäftigungsquote, individueller Arbeitszeit und Arbeitsstundenproduktivität.

$$\underbrace{\hat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} = \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}}$$

$$\underbrace{1,9\% - 1,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} = \underbrace{1,3\% - 1,9\% + 0,5\% + 1,1\%}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}}$$

Wir werden im Folgenden mehrere Szenarien skizzieren, um die allgemeinen Zusammenhänge an hypothetischen Beispielen zu verdeutlichen.

## 5.2 Sehr schwieriges Szenario

Gehen wir davon aus, dass die Bevölkerung infolge verstärkter Migration um 3,0% wüchse. Zugleich betrüge das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität 1,0%. Das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität wird exakt in ein Wachstum des BIP übersetzt, wenn die Nachfrageaggregate mit dem Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität steigen. Dies kann aber nicht vorausgesetzt werden, sondern ist zu organisieren.

Gehen wir davon aus, dass infolge widriger Lohnabschlüsse und unzureichender staatlicher Nachfrage das reale BIP konstant bliebe, es also um 0,0% wüchse. In einem solchen Falle wäre es nicht gelungen, auf Grundlage der gewachsenen Arbeitsstundenproduktivität mit dem bestehenden Arbeitsvolumen mehr zu produzieren und nachzufragen, sondern es würde das bestehende Produkt mit weniger Arbeit hergestellt. Es liegt auf der Hand, dass dies zu einer Verknappung des Arbeitsmarktes führen würde. Die Differenz zwischen realem BIP-Wachstum von 0,0% und Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität von 1,0% hätte im Szenario zur Folge, dass das Arbeitsvolumen um 1,0 sinkt.

Unterstellen wir nun, dass der Anteil der Erwerbwilligen an der migrantischen Bevölkerung so hoch wäre wie die Erwerbsquote der Inländer und dass es keinerlei erhöhte Erwerbsneigung von anderen Bevölkerungsgruppen gäbe. In diesem Fall würde die Erwerbsquote konstant bleiben. Wenn die Bevölkerung um 3,0% und die Erwerbsquote mit 0,0% Steigerung gleichbliebe, nähme das Arbeitsangebot um  $3,0\% + 0,0\% = 3,0\%$  zu. Wie könnte das um 3,0% zunehmende Arbeitsangebot integriert werden, wenn das Arbeitsvolumen um 2,0% sank? Dies wäre zum Beispiel möglich, indem sich diese doppelte Verknappung in einer Verkürzung der Arbeitszeit um 2,5% und einer Reduzierung der Beschäftigungsquote um 1,5% umsetzen würde.

$$\begin{array}{l} \underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}} \\ 0,0\% - 1,0\% = \underbrace{-2,5\% - 1,5\%}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{0,0\% + 3,0\%}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}} \end{array}$$

Daraus ergäbe sich für das Pro-Kopf-Einkommen folgende Anpassung.

$$\begin{array}{l} \underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopfeinkommenswachstum}} = \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \\ \underbrace{0,0\% - 3,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} = \underbrace{1,0\% - 2,5\% - 1,5\% + 0,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \end{array}$$

Weil das reale BIP nicht stiege, würde das Pro-Kopf-Einkommen in dem Maße sinken, wie die Bevölkerung wüchse. Eine verschlechterte Beschäftigungsquote und ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen würden sich gegenseitig negativ verstärken.

## 5.3 Schwieriges Szenario

Das beschriebene Szenario ist aber nicht realistisch, da es unwahrscheinlich ist, dass sich bei Bevölkerungswachstum das reale BIP gar nicht erhöht. Gehen wir wieder davon aus, dass die Bevölkerung infolge verstärkter Migration um 3,0% wüchse. Zugleich betrüge das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität 2,0%. Gehen wir davon aus, dass infolge von Lohnabschlüssen und staatlicher Nachfrage das reale BIP um 3,0% wüchse. Dann

wäre es gelungen, über die gewachsene Arbeitsstundenproduktivität hinaus mehr zu produzieren und nachzufragen. Dies würde zu einer Ausdehnung des Arbeitsmarktes führen. Die Differenz zwischen realem BIP-Wachstum von 3,0% und Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität von 2,0% hätte zur Folge, dass das Arbeitsvolumen um 1,0% stiege.

Unterstellen wir wieder eine konstante Erwerbsquote. Wenn die Bevölkerung um 3,0% und zugleich die Erwerbsquote mit 0,0% Steigerung gleichbliebe, nähme das Arbeitsangebot um  $3,0\% + 0,0\% = 3,0\%$  zu. Wie könnte das um 3,0% zunehmende Arbeitsangebot integriert werden, wenn das Arbeitsvolumen um 1,0% stiege? Dies wäre möglich, indem es eine Reduzierung der Arbeitszeit um 1,0% und der Beschäftigungsquote um 1,0% gäbe.

$$\underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

$$\underbrace{3,0\% - 2,0\%}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{-1,0\% - 1,0\%}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{0,0\% + 3,0\%}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

Daraus ergäbe sich für das Pro-Kopf-Einkommen folgende Anpassung.

$$\underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopfeinkommenswachstum}} = \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}}$$

$$\underbrace{3,0\% - 3,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} = \underbrace{2,0\% - 1,0\% - 1,0\% + 0,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}}$$

Weil das reale BIP exakt mit der Bevölkerung wüchse, würde das Pro-Kopf-Einkommen konstant bleiben, aber das Problem wäre erneut eine reduzierte Beschäftigungsquote.

## 5.4 Mittleres Szenario

Gehen wir diesmal davon aus, dass die Bevölkerung wegen Migration um 2,0% wüchse. Zugleich betrüge das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität 2,5%. Gehen wir davon aus, dass infolge von Lohnabschlüssen und staatlicher Nachfrage das reale BIP um 3,5% wüchse. Es wäre wieder gelungen, über die gewachsene Arbeitsstundenproduktivität hinaus mehr zu produzieren und nachzufragen. Bei einem Wachstum des realen BIP von 3,5% und der Arbeitsstundenproduktivität von 2,5% stiege das Arbeitsvolumen um 1,0%.

Unterstellen wir wieder eine konstante Erwerbsquote. Wenn die Bevölkerung um 2,0% stiege und zugleich die Erwerbsquote mit 0,0% Wachstum gleichbliebe, nähme das Arbeitsangebot um  $2,0\% + 0,0\% = 2,0\%$  zu. Wie könnte das um 2,0% zunehmende Arbeitsangebot integriert werden, wenn das Arbeitsvolumen um 1,0% stiege? Dies wäre möglich, indem die Arbeitszeit um 1,0% verkürzt würde und die Beschäftigungsquote konstant bliebe.

$$\underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

$$\underbrace{3,5\% - 2,5\%}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{-1,0\% + 0,0\%}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{0,0\% + 2,0\%}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}}$$

Daraus ergäbe sich für das Pro-Kopf-Einkommen folgende Anpassung.

$$\begin{aligned} \underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopfeinkommenswachstum}} &= \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \\ \underbrace{3,5\% - 2,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} &= \underbrace{2,5\% - 1,0\% + 0,0\% + 0,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \end{aligned}$$

Das Pro-Kopf-Einkommen stiege, aber die Beschäftigungsquote bliebe gleich, so dass es einer reduzierten Arbeitszeit bedürfte, was womöglich wieder nicht kollektiv erfolgen könnte.

## 5.5 Leichtes Szenario

Gehen wir diesmal davon aus, dass die Bevölkerung bei Migration infolge demographischen Wandels nur um 1,0% wüchse. Zugleich betrüge das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität 2,0%. Gehen wir davon aus, dass infolge von Lohnabschlüssen und staatlicher Nachfrage das reale BIP um 3,0% wüchse. Es wäre wieder gelungen, über die gewachsene Arbeitsstundenproduktivität hinaus mehr zu produzieren und nachzufragen. Die Differenz zwischen realem BIP-Wachstum von 3,0% und Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität von 2,0% hätte zur Folge, dass das Arbeitsvolumen um 1,0% stiege.

Unterstellen wir wegen erhöhter weiblicher Erwerbsneigung eine um 0,5 % steigende Erwerbsquote. Stiege die Bevölkerung um 1,0% und die Erwerbsquote um 0,5%, nähme das Arbeitsangebot um 1,0% + 0,5% = 1,5% zu. Das um 1,5% zunehmende Arbeitsangebot wäre in das um 1,0% steigende Arbeitsvolumen integrierbar, indem die Arbeitszeit kollektiv um 1,5% reduziert und die Beschäftigungsquote um 1,0% erhöht würde.

$$\begin{aligned} \underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} &= \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}} \\ \underbrace{3,0\% - 2,0\%}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} &= \underbrace{-1,5\% + 1,0\%}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{0,5\% + 1,0\%}_{\text{verändertes Arbeitsangebot}} \end{aligned}$$

Daraus ergäbe sich für das Pro-Kopf-Einkommen folgende Anpassung.

$$\begin{aligned} \underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopfeinkommenswachstum}} &= \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \\ \underbrace{3,0\% - 1,0\%}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} &= \underbrace{2,0\% - 1,5\% + 1,0\% + 0,5\%}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}} \end{aligned}$$

Das Pro-Kopf-Einkommen stiege genauso wie Beschäftigungs- und Erwerbsquote, und die Reduzierung der Arbeitszeit würde kollektiv statt ungleich verteilt erfolgen.

## **6 Zusammenfassung**

Im Folgenden sollen ein paar Thesen formuliert werden, die sich teils aus dem Geschriebenen ergeben, teils hierüber hinausgehen.

### **6.1 Reales BIP-Wachstum ist für den Arbeitsmarkt nötig**

Kommt es infolge von Migration zu einem Zuwachs der Bevölkerung und dadurch zu einem vergrößerten Arbeitsangebot, kann es zu Spannungen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Diese Spannungen werden umso eher vermieden, je besser es gelingt, ein reales BIP-Wachstum zu erzielen, das größer ist als das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität.

Ein solches Wachstum des realen BIP entsteht nicht von alleine. Auch Migration als solche erwirkt noch kein Wachstum des realen BIP. Vielmehr muss das Wachstum des realen BIP politisch forciert werden. Alle autonomen Ausgaben des Staates, also öffentliche Investitionen und Staatskonsum, die durch Staatsverschuldung oder aber unabhängig vom BIP über Steuern finanziert werden, tragen dazu bei, reales BIP-Wachstum anzuregen.

Eine Möglichkeit staatlicher Ausgaben besteht darin, für Migranten selbst Geld auszugeben: Sachleistungen, Geldleistungen, auf Migration ausgerichtete öffentliche Investitionen. Damit würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Es würde die Versorgung von Migranten verbessert, und diese öffentlichen Ausgaben würden ihrerseits zur Entstehung realen BIP-Wachstums beitragen.

### **6.2 Reales BIP, Produktivität, Beschäftigung und Pro-Kopf-Einkommen**

Migration ist auch im Hinblick auf das Pro-Kopf-Einkommen von Bedeutung. Das Pro-Kopf-Einkommen steigt, wenn die Zuwachsrates des realen BIP größer ist als jene der Bevölkerung. Damit die Zuwachsrates des realen BIP jene der Bevölkerung übersteigen und also das Pro-Kopf-Einkommen zunehmen kann, sind Voraussetzungen zu erfüllen. Das Pro-Kopf-Einkommen nimmt zu, wenn die Arbeitsstundenproduktivität steigt. Es steigt überdies, wenn die Beschäftigungsquote und die Erwerbsquote steigen. Es sinkt hingegen bei einer Verkürzung der durchschnittlichen individuellen Arbeitszeit.

Die Entwicklung der Arbeitsstundenproduktivität ist von dreifacher Bedeutung. Ihr Wachstum trägt erstens zur Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens bei. Zweitens ist das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität seinerseits Voraussetzung für eine Steigerung des realen BIP. Drittens aber sollte die Steigerung des realen BIP möglichst über jener der Arbeitsstundenproduktivität liegen, denn das hierdurch steigende Arbeitsvolumen erleichtert eine Erhöhung von Beschäftigungs- und Erwerbsquote, was sich ebenfalls positiv auf das Pro-Kopf-Einkommen auswirkt.

### **6.3 Arbeitszeitverkürzung hat mehrere Seiten**

Arbeitszeitverkürzung hat mehrere Effekte. Sie wirkt entspannend auf dem Arbeitsmarkt, senkt aber zugleich unter sonst gleichbleibenden Bedingungen das Pro-Kopf-Einkommen. Es gilt, diesen Trade-Off im Auge zu behalten.

Obendrein ist der drastische Unterschied zwischen kollektiver und naturwüchsiger Verkürzung der durchschnittlichen individuellen Arbeitszeit herauszustellen. Bei einer kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit sinkt die Arbeitszeit für viele Arbeitskräfte zugleich und eher gleichmäßig. Bei einer naturwüchsigen Verkürzung hingegen verändert sich für einen Großteil der Arbeitskräfte die Arbeitszeit überhaupt nicht, wohingegen sie für einen

anderen Teil der Arbeitskräfte drastisch, ggf. sogar im Falle der Erwerbslosigkeit bis auf null, sinkt. Eine naturwüchsige Verkürzung der durchschnittlichen individuellen Arbeitszeit erfolgt also gerade nicht gleichmäßig, sondern ungleich und nur im Durchschnitt.

Dennoch sollte nicht verkannt werden, dass auch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung, die progressiv auf dem Arbeitsmarkt wirkt, *ceteris paribus* einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens entgegenwirkt.

#### 6.4 Matchingprobleme richtig einordnen

Es wurde bislang auf Grundlage des keynesianischen Wirtschaftsregimes argumentiert. Zentral für die Entwicklung der Ökonomie sind in der Tat Gütermärkte inkl. vermögensorientierter Kennzahlen wie Rentabilität und Zinssatz und nicht die Arbeitsmärkte. Das volkswirtschaftliche Aktivitätsniveau setzt also die Spielräume des Arbeitsmarkts und nicht umgekehrt.

Freilich ist aber zu berücksichtigen, dass eine progressive Fiskal-, Geld- und Strukturpolitik im Kern nur ein *potentielles* Aktivitätsniveau erwirken kann. Damit aus der Möglichkeit Wirklichkeit wird, bedarf es gut ausgebildeter und produktiver Arbeitskräfte, die durch ihre Arbeit mithilfe von Maschinerie und Kooperation jene Güter erstellen und Dienstleistungen verrichten können, die auf dem Gütermarkt nachgefragt werden.

Daraus ergeben sich mehrere Schlussfolgerungen: Erstens haben bildungspolitische Anstrengungen, die mit öffentlichen Ausgaben verbunden sind, und Produktivitätssteigerungen ihrerseits Rückwirkungen auf den Gütermarkt. Zweitens liefe eine Migration, die nicht von bildungspolitischen Anstrengungen und Produktivitätssteigerungen bei den neuen Arbeitskräften begleitet würde, Gefahr, dass das erforderliche reale BIP-Wachstum nicht erreicht wird. Dies wäre dann nicht einem Mangel an fiskalischen, monetären und strukturellen Impulsen geschuldet, sondern einem Mangel bei der Umsetzung der gesetzten Impulse. Dies ist gleichsam die klassisch-neoklassische Teilwahrheit, die auch zu beachten hat, wer die klassisch-neoklassische Sichtweise nicht teilt.

Schulbildung, berufliche Ausbildung und innerbetriebliche Schulungen sind daher auch dann essentiell, wenn man der keynesianischen Sicht folgt. Zuweilen, auch wenn es nicht die Regel ist, können Migranten sogar zu einer gut ausgebildeten Besetzung von Stellen beitragen, die es ohne sie nicht gäbe.

#### 6.5 Ein paar Worte zu Fluchtursachen

Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, zu fordern, dass Fluchtursachen zu bekämpfen sind. Und es ist ja auch richtig: Jeder vernünftige Mensch hat ein Interesse daran, dass reaktionär initiierte Bürgerkriege und politisch oder kulturell motivierte Verfolgung erst gar nicht stattfinden. Allerdings bedarf diese richtige Aussage mehrerer Ergänzungen.

Erstens spielt bei Migration neben den geschilderten Gründen auch das weltweite Wohlstandsgefälle eine Rolle, das in den unterprivilegierten globalen Regionen durch die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien transparenter als früher wahrgenommen werden kann. Dies dementiert keineswegs die eigenständige Bedeutung von Krieg und Verfolgung als Migrationsmotive, sondern ergänzt diese. Ökonomische Motive spielen wohl immer mit, wenn es darum geht, Migration zu beurteilen.



Zweitens ist es völlig unangebracht, den Migranten ihre Migration vorzuwerfen. Ein jeder von uns würde so wie Menschen in unterprivilegierten globalen Regionen in Erwägung ziehen, sein Heimatland zu verlassen – gewiss bei Bürgerkrieg und Verfolgung, aber auch wenn sich die Chance ergibt, sein Lebenshaltungsniveau zu verbessern. Dass unsereins in einer prosperierenden Region geboren und aufgewachsen ist, ist Zufall und Glück und kein Verdienst.

Drittens: Gewiss kann Migration insbesondere bereits zuvor qualifizierter Migranten zu einem Braindrain in den Ländern, aus denen migriert wird, beitragen. Migranten haben aber eben aus nachvollziehbaren Gründen nicht nur die Perspektiven ihres Heimatlandes im Kopf, sondern auch ihre ureigenen. Die Politik sollte bei ihren Entscheidungen neben den eigenen nationalstaatlichen Interessen diese beiden Perspektiven würdigen: jene der individuellen Migranten und jene der Länder, aus denen migriert wird. Dieses Plädoyer für die Beachtung mehrerer Perspektiven und Interessen wird gewiss je nach politischer Richtung und Couleur unterschiedlich beantwortet werden. So ist das eben in einer Demokratie. Allerdings entsteht zuweilen der Eindruck, dass politische Motive nicht aufgedeckt werden. Diejenigen etwa, die besonders intensiv das Argument des Braindrains bemühen, erwecken zuweilen den Eindruck, dass es ihnen weniger um die ökonomische Perspektive der Länder geht, aus denen migriert werden, sondern eher darum, Migration ins eigene Land grundsätzlich zu erschweren. Eine solche Position ist aber einerseits unklar vorgetragen und andererseits auch sachlich und moralisch nicht gerechtfertigt.

Viertens: So richtig es auch ist, darauf hinzuweisen, dass Fluchtursachen zu bekämpfen sind, so schwer ist es, hierauf eine adäquate und zeitlich schnell umsetzbare Antwort zu geben. Fangen wir mit dem internationalen Wohlstandsgefälle an. Gewiss hat dies auch mit der vergangenen Kolonialpolitik der westlichen Länder, mit unfairer westlicher Politik und mit unfairen Produktionspraktiken einiger westlicher Unternehmen zu tun. Dies sind aber nicht die einzigen Gründe. Eine Rolle spielen auch endogene Schwierigkeiten innerhalb der Länder des Trikonts. Aber auch wenn von endogenen Schwierigkeiten abstrahiert wird, bleibt doch zu konstatieren: Eine Änderung der Politik des Westens – sei es mehr Entwicklungshilfe, sei es eine größere politisch unterstützte Nachfrage des Westens nach Gütern des Trikonts, sei es Unterstützung des Trikonts beim Aufbau produktiver Kapazitäten – wird weder sofort noch schnell umfänglich wirken. Ähnlich ist es bei Kriegen, Bürgerkriegen und Verfolgung. Auch hier hat der Westen zuweilen keine gute Rolle gespielt – hat etwa Kriege geführt, die nicht hätten geführt werden sollen, oder eine Politik betrieben, die zum Entstehen von Bürgerkriegen beigetragen hat. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nicht jede militärische Intervention des Westens imperial begründet ist und Konflikte verschärft und dass Bürgerkriege auch aus endogenen Spannungen in Ländern entstehen. Zudem gilt: Welches auch die Gründe sind, die zum Entstehen von Kriegen führen – die Kriege werden nicht von heute auf morgen enden. Auch politische oder kulturelle Verfolgung, die Folge inakzeptabler politischer Praktiken in den Ländern ist, aus denen migriert wird, kann fort dauern.

Lange Rede, kurzer Sinn: Migration wird es auch in Zukunft geben, und zwar auch dann, wenn Fluchtursachen angegangen werden. Die Politik des Westens wird daher nicht darum herumkommen, sich zur Frage der Migration zu verhalten. Sie wird gewiss auch die Belange der Bevölkerung im Westen zu berücksichtigen haben, aber zu einer verantwortungsvollen Politik gehört es eben auch, die Belange der Migranten und der Fluchtländer im Blick zu haben.

## 6.6 Zum Knappheitsproblem und zu Timelags

Eine Migration, die zur Steigerung der Bevölkerung beiträgt, führt unweigerlich dazu, dass Kapazitäten auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt, bei Kitas und Schulen, beim ÖPNV usw. stärker genutzt werden oder gar an ihre Grenzen gelangen. Dies kann den Migranten nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn sie beabsichtigen ja gar keine Kapazitätsschwierigkeiten. Überdies ist der Hinweis wichtig, dass Kapazitätsengpässe oftmals auch jenseits von und zeitlich vor Migration bestehen. Zu wenige Arbeitsplätze, zu wenige Wohnungen, zu wenige Kitaplätze oder zu wenige Lehrer sind nun wahrlich kein neues Problem, das erst im Zuge von Migration aufgetreten wäre.

Dennoch darf nicht verkannt werden, dass es diese Engpässe gibt und dass oftmals hiervon jene am meisten betroffen sind, die ökonomisch „wenig an den Füßen haben“. Wer schon ohne Migration Schwierigkeiten hatte, einen Job, eine Wohnung oder einen Kitaplatz zu finden, wird sich bei Migration noch größeren Problemen ausgesetzt sehen. Nun ist aber auch wahr, dass die Politik dem nicht hilflos ausgesetzt ist. Sie kann dem und muss dem entgegenwirken. Die Politik steht in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass mehr Jobs entstehen, mehr bezahlbare Wohnungen gebaut und mehr Bildungseinrichtungen bereitgestellt werden. Doch all das wird seine Zeit dauern. Es gibt tatsächlich das Problem des Timelags, wonach die Notwendigkeit, Kapazitäten zu erhöhen, und die Möglichkeit der Umsetzung zeitlich auseinanderklaffen.

Kommt die Politik ihrer Pflicht nach, wird es seitens eines Teils der Bevölkerung dennoch Vorwürfe geben. ‚Warum habt ihr die öffentlichen Ausgaben nicht schon vorher erhöht?‘ Und: ‚Wieso sind die erhöhten öffentlichen Ausgaben nicht stärker für Verwendungen zugunsten der bereits hier Lebenden eingesetzt worden?‘ Hinter solchen Fragen steht oftmals ein Ressentiment, dem man argumentativ begegnen muss. Solidarität ist eben kein exklusives Anrecht von Menschen, die schon immer hier gelebt haben. Hinter solchen Fragen steckt jedoch auch ein Kern Wahrheit. Wer Migranten fördert, entzieht diese Mittel anderen initialen Verwendungen. Der Verweis auf Multiplikatorwirkungen von Ausgaben für Migranten, von denen hier bereits Lebende begünstigt würden, ist schief, da diese Multiplikatorwirkungen bei jeder Form öffentlicher Ausgabe auftreten.

Wie aber soll dann geantwortet werden? Zum ersten ist darauf hinzuweisen, dass Umverteilung innerhalb der bereits hier lebenden Bevölkerung eine ganz essentielle Notwendigkeit darstellt. Wenn Belastungen beim Pro-Kopf-Einkommen, beim Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei Bildungseinrichtungen auftreten, dann muss die Finanzierung der politischen Lösungen zur Verringerung der Kapazitätsengpässe vor allem von denen getragen werden, die ökonomisch potent sind. Eine höhere Besteuerung hoher Vermögen, Erbschaften und Einkommen bleibt auf der Tagesordnung – sie zu fordern war bereits früher richtig und wird im Zuge von Migration noch dringlicher. Zum zweiten ist auf die moralische Ressource von Solidarität hinzuweisen. In einer Welt, deren Interdependenzen eher größer denn kleiner werden, ist innergesellschaftlicher Zusammenhalt auch dann wichtig, wenn Menschen in diese Gesellschaften migrieren.

Zum dritten wird aber auch eine progressive Politik, die sich gegen Ressentiments wehrt, nicht um die Frage herumkommen, welchen Umfang an Migration sie schultern kann. Es hilft nichts, davor die Augen zu verschließen, dass es zu Belastungen kommen kann. Hierfür nur mit Argumenten ökonomischer Verwertbarkeit zu reagieren, ist unangemessen – dies betrifft insbesondere die Migration, die Kriegen und Verfolgung geschuldet ist. Bei Migration, die in erster Linie durch ökonomischer Not motiviert ist, wird die Politik jedoch Knappheitsprobleme und Migrationsumfang ins Verhältnis setzen müssen.

## 6.7 Zur Frage der Unterschiede innerhalb der Migranten

Auch wenn schon angedeutet wurde, dass die Trennung in Migrationsmotive keineswegs immer so einfach ist, wie es scheint, wird eine Debatte über das Für und Wider eines Einwanderungsgesetzes und über die Ausgestaltung von Migrationspolitik – sei es mit oder ohne Einwanderungsgesetz, sei es mit diesem oder jenem Grenzregime, sei es mit dieser oder jener Form von Erstaufnahmeeinrichtung – sich mit der Frage befassen müssen, welche Motive bei den Migranten dominieren.

Dies kann jedoch hier nicht geleistet werden, denn der Schwerpunkt der Ausführungen lag und liegt auf der Darstellung des Zusammenhangs von Migration und Ökonomie. Keineswegs soll damit aber in Abrede gestellt werden, dass es erforderlich ist, diese Unterschiede in den Blick zu nehmen.

## 6.8 Gemeinsame Kämpfe führen

Politik macht sich nicht von alleine, sondern ist Ergebnis politischer Auseinandersetzungen. Wenn Betroffene – seien es Arbeitnehmer und Arbeitssuchende, seien es Mieter und Wohnungssuchende, seien es Kitanutzer und Personen, die Kitaplätze suchen – getrennt für ihre Anliegen kämpfen, wird ihre Kampfkraft geschwächt. Es wird daher eine entscheidende Aufgabe von Interessenvertretungsinstanzen wie etwa Gewerkschaften und Mieterschutzbünden sein, solidarische Praxen zu entwickeln, die sowohl bereits hier lebende wie auch hierhin migrierende Menschen einschließen und Ressentiments und rassistischen Spaltungen eine klare Absage erteilen.

Die Herausforderung besteht für diese Interessenvertretungsinstanzen in einer Gratwanderung. Sie wissen, dass Migration zu Lohndruck und steigenden Mieten beitragen kann, wissen aber auch, dass gemeinsame Kämpfe neben der Erweiterung von Kapazitäten Voraussetzung dafür sind, dass Löhne steigen und Mieten nicht steigen.

Welche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Länder, aus denen migriert wird, und jenem der Länder, in die migriert wird, eintreten wird, ist eine sehr schwer zu beantwortende Frage. Hierin gehen zahlreiche Einflüsse ein: wirtschaftliche Pfade, Umfang der Migration, Entwicklung von Produktivität und Bildung, Tendenzen der Erwerbsquote, Entwicklung bei Arbeitszeit und Beschäftigungsquote, Kampfkraft der sozialen Klassen. Eine schlichte Argumentation, wonach Migration in den Ländern, aus denen migriert wird, durch Verknappung der Arbeitskraft zu Lohnsteigerungen führe und in den Ländern, in die migriert wird, durch erhöhtes Angebot zu Lohnsenkungen führe, greift trotz eines Kerns an Wahrheit zu kurz, weil sie etliche Einflüsse aus dem Auge verliert.

## 6.9 Kulturelle Herausforderungen

In den Ausführungen wurde wegen der Schwerpunktsetzung das Thema der kulturellen Herausforderungen ausgespart. Dies heißt keineswegs, dass das Thema von geringer Bedeutung wäre. Im Gegenteil: Einerseits ist der prinzipielle Ansatz einer Willkommenskultur richtig, da es schlicht und einfach vernünftig ist, neu ankommenden Menschen solidarisch, hilfsbereit und offen zu begegnen. Andererseits ist es richtig, dass die durch Kämpfe der Vergangenheit erstrittenen Rechte der Individuen, ihr Leben so frei führen zu können, wie sie es möchten, nicht aufgegeben werden dürfen. Auch dürfen Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, in kulturellen Auseinandersetzungen für die Möglichkeit moderner Lebensführung einzutreten, nicht nachlassen.

Progressive Politik steht also vor zweifachen Herausforderungen. Einerseits hat sie Rassismus und Ressentiment entgegen zu treten. Sie muss aufklärerisch gegen Positionen des Ressentiments argumentieren und auch deutlich machen, dass für Rassismus und Ressentiment kein Platz ist. Dieser Anspruch müsste allen Menschen gegenüber kommuniziert werden: vor allem den hier bereits lebenden, aber nachrangig auch den hierhin migrierenden. Andererseits müssen progressive Kräfte gegen Bestrebungen ankämpfen, die die Rechte etwa von Frauen oder von Homosexuellen einzuschränken trachten oder versuchen, für reaktionäre Formen der Lebensführungen gesellschaftlich-diskursiv neue Räume zu erkämpfen.

Selbstredend gibt es reaktionäre Auffassungen und Praktiken auch innerhalb der hier bereits lebenden Bevölkerung, und zuweilen verwundert es schon, wenn konservative Kräfte, die Migration mit Skepsis begegnen, sich plötzlich als Kämpfer der Rechte von Frauen oder von Homosexuellen gerieren. Dennoch soll die Gefahr, die infolge der Migration von Menschen aus islamistisch geprägten Kulturkreisen nicht kleingeredet werden. Es gilt hier für Progressive, Flagge zu zeigen, von Kulturrelativismus Abstand zu nehmen und aus universalistischer Perspektive für die Aufrechterhaltung und den Ausbau individueller Rechte sowie die Ausweitung möglicher Formen der Lebensführung – Singledasein, Leben jenseits der klassischen Familie, freie Sexualität, Adoption unabhängig von der sexuellen Ausrichtung usw. – zu kämpfen.

Freilich ist es unsolidarisch, unfair und non-integrativ, allen Menschen, die hierhin migrieren, mit einem Anfangsverdacht zu begegnen. Jeder Mensch verdient es, unvoreingenommen behandelt zu werden. Muslime sind hier genauso erwünscht wie Christen, Juden, Buddhisten, Hinduisten, Anhänger anderer Religionen, Agnostiker und Atheisten. Muslime sind nicht mit Islamisten identisch. Muslime müssen gegen jede Form des Rassismus verteidigt werden. Klar ist aber auch: Religiöse Praktiken, die gesellschaftlich reaktionär zu wirken versuchen, erfordern progressiven Widerspruch.

## 6.10 Ein persönliches Kurzfazit

Migration führt zu Herausforderungen und Chancen. So schwer es auch ist, eine Abgrenzung bei Motiven vorzunehmen, sollte Migration, die durch Krieg und Verfolgung motiviert ist, aus humanitärer Perspektive ermöglicht werden – und zwar auch dann, wenn es zu Problemen beim Pro-Kopf-Einkommen und auf dem Arbeitsmarkt kommt.

Migration, die in erster Linie durch ökonomische Not und durch den berechtigten Wunsch der Migranten nach Verbesserung ihres Lebensstandards motiviert ist, sollte in Grenzen zugelassen werden. Eine strikte Regelbindung, wonach Migration an die Erfüllung einzelner Kennziffern geknüpft wird, ist nicht sinnvoll, da sie zu grob und unflexibel ist. Vorzuziehen ist ein Einwanderungsgesetz, das fallweise Jahr für Jahr beachtet, welche sozial-ökonomischen Verhältnisse im Gesamten vorliegen, und dementsprechend die Einwanderung steuert. Auch bei einem solchen Einwanderungsgesetz darf es nicht in erster Linie um die ökonomischen Erwartungen der hiesigen Unternehmen gehen. Vielmehr sollten ökonomische, kulturelle und humanitäre Perspektiven und Belange in die politische Entscheidung einfließen, und zu berücksichtigen sind die Interessen der Migranten wie auch der hier lebenden Beschäftigten, Erwerbslosen, Mieter, Wohnungssuchenden und Nutzer privater und öffentlicher Einrichtungen.

Wie auch immer die Politik aussieht: Sie wird auch die Verteilungsfrage innerhalb der hier lebenden Menschen aufwerfen müssen, um Belastungen gerecht zu verteilen.

## 7 Anhang

### 7.1 Legende

Das reale BIP sei bezeichnet als  $Y_r$ , die Bevölkerungsanzahl als  $N$ , die Anzahl gesellschaftlich gearbeiteter Stunden (Arbeitsvolumen) als  $H$ , die Anzahl der Erwerbstätigen als  $E$ , die Anzahl der erwerbswilligen Erwerbspersonen als  $W$ .

Das reale Pro-Kopf-Einkommen  $PKE$  errechnet sich wie folgt:

$$PKE = \frac{Y_r}{N}$$

Die Arbeitsstundenproduktivität  $ASP$  ermittelt sich wie folgt:

$$ASP = \frac{Y_r}{H}$$

Die individuelle Arbeitszeit  $AZ$  eines Erwerbstätigen bestimmt sich wie folgt:

$$AZ = \frac{H}{E}$$

Die an den Erwerbspersonen gemessene Beschäftigungsquote  $BQ$  lautet wie folgt:

$$BQ = \frac{E}{W}$$

Die an der Gesamtbevölkerung gemessene Erwerbsquote  $EQ$  lautet wie folgt:

$$EQ = \frac{W}{N}$$

### 7.2 Einflussgrößen auf das Arbeitsvolumen

Die Arbeitsstundenproduktivität  $ASP$  ermittelt sich wie geschildert so:

$$ASP = \frac{Y_r}{H}$$

Daraus folgt, dass sich das Wachstum der Arbeitsstundenproduktivität als Differenz der Wachstumsraten von realem BIP und Arbeitsvolumen errechnet.

$$\widehat{ASP} = \widehat{Y}_r - \widehat{H}$$

Dann aber gilt auch, dass sich das Wachstum des Arbeitsvolumens als Differenz der Wachstumsraten von realem BIP und Arbeitsstundenproduktivität errechnet.

$$\widehat{H} = \widehat{Y}_r - \widehat{ASP}$$

### 7.3 Einflussgrößen auf die Erwerbstätigenanzahl

Die individuelle Arbeitszeit  $AZ$  ermittelt sich wie geschildert so:

$$AZ = \frac{H}{E}$$

Daraus folgt, dass sich das Wachstum der Arbeitszeit als Differenz der Wachstumsraten von Arbeitsvolumen und Anzahl der Erwerbstätigen errechnet.

$$\widehat{AZ} = \widehat{H} - \widehat{E}$$

Dann aber gilt auch, dass sich das Wachstum der Anzahl der Erwerbstätigen als Differenz der Wachstumsraten von Arbeitsvolumen und Arbeitszeit errechnet.

$$\widehat{E} = \widehat{H} - \widehat{AZ}$$

## 7.4 Übersetzung der Erwerbstätigenanzahl

Wir können die Anzahl der Erwerbstätigen wie folgt ausdrücken:

$$E = \frac{E}{W} \cdot \frac{W}{N} \cdot N$$

In Wachstumsgrößen gilt:

$$\widehat{E} = \widehat{BQ} + \widehat{EQ} + \widehat{N}$$

Das Wachstum der Anzahl der Erwerbstätigen entspricht folglich der Summe der Wachstumsraten von Beschäftigungsquote, Erwerbsquote und Gesamtbevölkerung.

## 7.5 Anpassung auf dem Arbeitsmarkt

Wir können das reale BIP wie folgt aufgliedern:

$$Y_r = \frac{Y_r}{H} \cdot \frac{H}{E} \cdot \frac{E}{W} \cdot \frac{W}{N} \cdot N$$

In Wachstumsgrößen gilt:

$$\widehat{Y}_r = \widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ} + \widehat{N}$$

Durch Umformung erhalten wir:

$$\underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{ASP}}_{\text{Arbeitsvolumenwachstum}} = \underbrace{\widehat{AZ} + \widehat{BQ}}_{\text{Anpassungsfaktoren}} + \underbrace{\widehat{EQ} + \widehat{N}}_{\text{personales Arbeitsangebot}}$$

## 7.6 Einflussgrößen auf das Pro-Kopf-Einkommen

Dividieren wir die Aufgliederungsgleichung des realen BIP  $Y_r$  durch  $N$ , erhalten wir:

$$\frac{Y_r}{N} = \frac{Y_r}{H} \cdot \frac{H}{E} \cdot \frac{E}{W} \cdot \frac{W}{N}$$

In Wachstumsgrößen gilt:

$$\widehat{PKE} = \widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}$$

Weil  $\widehat{PKE} = \widehat{Y}_r - \widehat{N}$ , folgt:

$$\underbrace{\widehat{Y}_r - \widehat{N}}_{\text{Pro-Kopf-Einkommenswachstum}} = \underbrace{\widehat{ASP} + \widehat{AZ} + \widehat{BQ} + \widehat{EQ}}_{\text{Pro-Kopf-Wachstumsfaktoren}}$$

## 7.7 Einflussgrößen auf das reale BIP

Es wird das Inlandsprodukt  $Y$  durch privaten Konsum  $C$ , private Investitionen  $I$ , Staatsausgaben  $G$  und Exportüberschuss nachgefragt. Die Verwendungsgleichung lautet:

$$Y = C + I + G + (X - M)$$

Der private Konsum ist einerseits autonomer Konsum  $C_a$ , andererseits mit konstanter Konsumquote  $c$  eine lineare Funktion des disponiblen Einkommens  $Y_{disp}$  als um Abgaben bereinigtes Inlandsprodukt, wobei ein konstanter Abgabensatz  $t$  unterstellt wird. Wir unterscheiden zwischen Staatsausgaben  $G_T$ , die durch Steuern, und Staatsausgaben  $G_V$ , die durch Staatsverschuldung finanziert werden. Die steuerfinanzierten Staatsausgaben ergeben sich als Produkt von Abgabensatz  $t$  und Inlandsprodukt  $Y$ . Auch der Import ist mit konstanter Importquote  $m$  eine lineare Funktion des disponiblen Einkommens  $Y_{disp}$ :

$$C = C_a + cY_{disp} = C_a + c(1 - t)Y \wedge G = G_T + G_V = tY + G_V \wedge M = mY_{disp} = m(1 - t)Y$$

Es folgt:

$$Y = C_a + c(1 - t)Y + I + tY + G_V + X - m(1 - t)Y$$

Wir formen um:

$$Y(1 - t) - c(1 - t)Y + m(1 - t)Y = C_a + I + G_V + X$$

Und weiter:

$$Y(1 - t)(1 - c + m) = C_a + I + G_V + X$$

Und weiter:

$$Y(1 - t)(s + m) = C_a + I + G_V + X$$

Und weiter:

$$Y = \frac{C_a + I + G_V + X}{(1 - t)(s + m)}$$

Das Einkommen wird im Nenner durch die Nettoquote  $(1 - t)$  sowie durch die je sickernd wirkende Sparquote  $s$  und Importquote  $m$  bestimmt. Im Zähler wird das Einkommen durch einkommensunabhängige Größe bestimmt: durch den autonomen Konsum, durch autonome Investitionen, durch schuldenbasierte Staatsausgaben und durch Exporte.

## 7.8 Berechnung realer Wachstumsbeiträge

$$QW_t = \frac{\Delta Q_t}{Q_{t-1}} = \underbrace{\frac{\overbrace{PC_{t-1}}^{\text{Term1}}}{P_{t-1}} \frac{\overbrace{\Delta QC_t}^{\text{Term2}}}{Q_{t-1}}}_{QCWB_t} + \underbrace{\frac{\overbrace{PI_{t-1}}^{\text{Term1}}}{P_{t-1}} \frac{\overbrace{\Delta QI_t}^{\text{Term2}}}{Q_{t-1}}}_{QIWB_t} + \dots = \sum_K \underbrace{\frac{\overbrace{PK_{t-1}}^{\text{Term1}}}{P_{t-1}} \frac{\overbrace{\Delta QK_t}^{\text{Term2}}}{Q_{t-1}}}_{QKWB_t}^2$$

<sup>2</sup> Vgl. Recht, Alexander: Festpreiskonzept versus Vorjahrespreiskonzept mit Verkettung, Köln 2017, S. 16.

Das Volumenwachstum des BIP  $QW_t$  ist die Summe der Wachstumsbeiträge aller Komponenten  $K$ . Der Wachstumsbeitrag der Konsumgüter  $QCWB_t$  im Jahr  $t$  errechnet sich als Produkt zweier Terme. Der erste Term erfasst den Anteil des Konsumdeflators am BIP-Deflator im Vorjahr  $t - 1$ . Der zweite Term ist der Quotient aus absolutem Wachstum des Konsumvolumens im Jahr  $t$  und BIP-Volumen im Vorjahr  $t - 1$ . Auch der Wachstumsbeitrag der Investitionsgüter  $QIWB_t$  im Jahr  $t$  errechnet sich als Produkt zweier Terme. Der erste Term erfasst den Anteil des Investitionsdeflators am BIP-Deflator im Vorjahr  $t - 1$ . Der zweite Term ist der Quotient aus absolutem Wachstum des Investitionsvolumens im Jahr  $t$  und BIP-Volumen im Vorjahr  $t - 1$ . Analog ist es für alle Komponenten des BIP.

AGGR/TIME	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016		
BIP	2.513.230,0	2.561.740,0	2.460.280,0	2.580.060,0	2.703.120,0	2.758.260,0	2.826.240,0	2.932.470,0	3.043.650,0	3.144.050,0	nominales BIP und Komponenten	
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE	1.384.900,0	1.416.734,0	1.413.041,0	1.446.274,0	1.495.533,0	1.538.029,0	1.563.500,0	1.593.186,0	1.630.469,0	1.674.394,0		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch	276.954,0	288.007,0	304.769,0	314.878,0	323.721,0	330.134,0	347.536,0	364.278,0	382.356,0	401.654,0		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch	162.786,0	169.559,0	176.438,0	178.458,0	181.970,0	189.579,0	195.317,0	199.657,0	204.707,0	213.792,0		
Bruttoinvestitionen, öffentlich	48.756,7	52.771,8	58.062,6	59.341,4	61.631,1	61.785,0	60.481,5	60.408,9	64.221,0	66.653,9		
Bruttoinvestitionen, privat	472.721,3	481.608,2	386.447,4	447.005,6	508.119,9	470.746,0	490.980,5	511.927,1	518.591,0	536.937,1		
Exporte	1.080.938,0	1.113.329,0	930.040,0	1.090.085,0	1.211.489,0	1.268.318,0	1.283.053,0	1.340.265,0	1.426.706,0	1.450.012,0		
Importe	913.826,0	960.269,0	808.518,0	955.982,0	1.079.344,0	1.100.331,0	1.114.628,0	1.137.252,0	1.183.400,0	1.199.993,0		
Summe	2.513.230,0	2.561.740,0	2.460.280,0	2.580.060,0	2.703.120,0	2.758.260,0	2.826.240,0	2.932.470,0	3.043.650,0	3.144.050,0		
BIP	2.598.378,4	2.626.501,1	2.478.921,7	2.580.060,0	2.674.490,2	2.687.648,5	2.700.806,8	2.752.924,0	2.800.913,1	2.855.352,4		reales BIP und Komponenten
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE	1.430.220,4	1.438.753,4	1.440.922,8	1.446.274,0	1.465.798,7	1.485.468,0	1.494.579,6	1.508.897,7	1.534.786,0	1.566.459,4		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch	289.876,7	300.078,7	309.430,6	314.878,0	319.538,2	321.584,9	326.213,6	333.581,8	345.673,1	358.331,2		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch	167.375,8	172.693,8	177.583,6	178.458,0	178.404,5	181.598,9	183.793,9	184.311,4	187.006,1	193.894,6		
Bruttoinvestitionen, öffentlich	50.423,9	53.618,7	58.533,8	59.341,4	59.861,0	58.911,6	56.522,1	55.544,2	58.121,9	59.493,9		
Bruttoinvestitionen, privat	488.886,3	489.337,2	389.583,3	447.005,6	493.525,6	448.853,2	458.837,9	470.702,2	469.339,8	479.259,3		
Exporte	1.089.103,9	1.110.142,6	951.753,2	1.090.085,0	1.180.344,0	1.213.700,6	1.234.521,3	1.291.750,7	1.359.336,0	1.395.090,8		
Importe	916.499,9	937.053,6	847.095,7	955.982,0	1.023.091,9	1.022.422,8	1.052.823,0	1.090.584,3	1.151.575,9	1.196.698,3		
Summe	2.598.378,4	2.626.501,1	2.478.921,7	2.580.060,0	2.674.490,2	2.687.648,5	2.700.806,8	2.752.924,0	2.800.913,1	2.855.352,4		
BIP	96,723	97,534	99,248	100,000	101,070	102,627	104,644	106,522	108,666	110,111	Deflatoren von BIP und Komponenten	
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE	96,831	98,470	98,065	100,000	102,029	103,538	104,611	105,586	106,234	106,890		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch	95,542	95,977	98,493	100,000	101,309	102,668	106,536	109,202	110,612	112,090		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch	97,258	98,185	99,355	100,000	101,999	104,394	106,270	108,326	109,465	110,262		
Bruttoinvestitionen, öffentlich	96,694	98,421	99,195	100,000	102,957	104,877	107,005	108,758	110,494	112,035		
Bruttoinvestitionen, privat	96,694	98,421	99,195	100,000	102,957	104,877	107,005	108,758	110,494	112,035		
Exporte	99,250	100,287	97,719	100,000	102,639	104,500	103,931	103,756	104,956	103,937		
Importe	99,708	102,477	95,446	100,000	105,498	107,620	105,870	104,279	102,764	100,225		
Summe												
BIP		0,84%	1,76%	0,76%	1,07%	1,54%	1,97%	1,79%	2,01%	1,33%		Wachstum der Deflatoren von BIP und Komponenten
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE		1,69%	-0,41%	1,97%	2,03%	1,48%	1,04%	0,93%	0,61%	0,62%		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch		0,46%	2,62%	1,53%	1,31%	1,33%	3,78%	2,50%	1,29%	1,34%		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch		0,95%	1,19%	0,65%	2,00%	2,35%	1,80%	1,94%	1,05%	0,73%		
Bruttoinvestitionen, öffentlich		1,79%	0,79%	0,81%	2,96%	1,87%	2,03%	1,64%	1,60%	1,39%		
Bruttoinvestitionen, privat		1,79%	0,79%	0,81%	2,96%	1,87%	2,03%	1,64%	1,60%	1,39%		
Exporte		1,04%	-2,56%	2,33%	2,64%	1,81%	-0,54%	-0,17%	1,16%	-0,97%		
Importe		2,78%	-6,86%	4,77%	5,50%	2,01%	-1,63%	-1,50%	-1,45%	-2,47%		
Summe												
BIP		1,93%	-3,96%	4,87%	4,77%	2,04%	2,46%	3,76%	3,79%	3,30%	Wachstum von nominalen BIP und Komponenten	
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE		2,30%	-0,26%	2,35%	3,41%	2,84%	1,66%	1,90%	2,34%	2,69%		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch		3,99%	5,82%	3,32%	2,81%	1,98%	5,27%	4,82%	4,96%	5,05%		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch		4,16%	4,06%	1,14%	1,97%	4,18%	3,03%	2,22%	2,53%	4,44%		
Bruttoinvestitionen, öffentlich		8,24%	10,03%	2,20%	3,86%	0,25%	-2,11%	-0,12%	6,31%	3,79%		
Bruttoinvestitionen, privat		1,88%	-19,76%	15,67%	13,67%	-7,36%	4,30%	4,27%	1,30%	3,54%		
Exporte		3,00%	-16,46%	17,21%	11,14%	4,69%	1,16%	4,46%	6,45%	1,63%		
Importe		5,08%	-15,80%	18,24%	12,90%	1,94%	1,30%	2,03%	4,06%	1,35%		
Summe												
BIP		1,08%	-5,62%	4,08%	3,66%	0,49%	0,49%	1,93%	1,74%	1,94%		Wachstum von realem BIP und Komponenten
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE		0,60%	0,15%	0,37%	1,35%	1,34%	0,61%	0,96%	1,72%	2,06%		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch		3,52%	3,12%	1,76%	1,48%	0,64%	1,44%	2,26%	3,62%	3,66%		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch		3,18%	2,83%	0,49%	-0,03%	1,79%	1,21%	0,28%	1,46%	3,68%		
Bruttoinvestitionen, öffentlich		6,34%	9,17%	1,38%	0,88%	-1,59%	-4,06%	-1,73%	4,64%	2,36%		
Bruttoinvestitionen, privat		0,09%	-20,39%	14,74%	10,41%	-9,05%	2,22%	2,59%	-0,29%	2,11%		
Exporte		1,93%	-14,27%	14,53%	8,28%	2,83%	1,72%	4,64%	5,23%	2,63%		
Importe		2,24%	-9,60%	12,85%	7,02%	-0,07%	2,97%	3,59%	5,59%	3,92%		
Summe												
BIP		100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	reales BIP und Komponentenquoten	
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE		54,84%	58,68%	55,39%	54,81%	55,79%	55,83%	54,79%	54,31%	53,63%		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch		11,29%	12,28%	12,11%	11,95%	11,99%	12,08%	12,34%	12,65%	12,77%		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch		6,61%	7,21%	6,92%	6,82%	6,82%	6,92%	6,80%	6,79%	6,84%		
Bruttoinvestitionen, öffentlich		2,04%	2,38%	2,30%	2,24%	2,23%	2,14%	2,06%	2,12%	2,12%		
Bruttoinvestitionen, privat		18,63%	15,86%	17,32%	18,45%	17,01%	17,36%	17,48%	17,11%	17,07%		
Exporte		43,37%	39,48%	41,60%	44,13%	45,86%	46,54%	46,60%	47,27%	47,19%		
Importe		36,78%	35,90%	35,63%	38,25%	39,71%	40,88%	40,08%	40,25%	39,63%		
Summe		100,00%	99,99%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,01%	99,99%		
BIP		1,08%	-5,62%	4,08%	3,66%	0,49%	0,49%	1,93%	1,74%	1,94%		Wachstum von realem BIP und Komponentenbeiträge
Konsumausgaben der privaten Haushalte und PöoE		0,33%	0,08%	0,21%	0,76%	0,74%	0,34%	0,53%	0,93%	1,11%		
Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch		0,39%	0,35%	0,22%	0,18%	0,08%	0,17%	0,28%	0,45%	0,46%		
Konsumausgaben des Staates für den Kollektivverbrauch		0,21%	0,19%	0,04%	0,00%	0,12%	0,08%	0,02%	0,10%	0,25%		
Bruttoinvestitionen, öffentlich		0,12%	0,19%	0,03%	0,02%	-0,04%	-0,09%	-0,04%	0,10%	0,05%		
Bruttoinvestitionen, privat		0,02%	-3,83%	2,32%	1,80%	-1,70%	0,38%	0,45%	-0,05%	0,36%		
Exporte		0,83%	-6,20%	5,49%	3,50%	1,27%	0,79%	2,10%	2,39%	1,23%		
Importe		0,82%	-3,60%	4,22%	2,60%	-0,03%	1,19%	1,41%	2,17%	1,52%		
Summe		1,08%	-5,62%	4,08%	3,66%	0,49%	0,49%	1,93%	1,75%	1,93%		